

GRÜNE ROHSTOFFSTRATEGIE

Fraktionsbeschluss vom 1. September 2011

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
BUNDESTAGSFRAKTION
www.gruene-bundestag.de

Grüne Rohstoffstrategie¹

Beschluss Fraktionsklausur, 1. September 2011

Die Grüne Rohstoffstrategie wurde erarbeitet von der Projektgruppe Rohstoffpolitik. Dazu gehörten die Abgeordneten Fritz Kuhn (Leitung), Kerstin Andreae, Hans-Josef Fell, Ute Koczy, Oliver Krischer, Lisa Paus, Frithjof Schmidt, Dorothea Steiner.

Einleitung	1
Die Grüne Rohstoffstrategie setzt an erster Stelle auf Innovation	3
Rohstoffeffizienz bringt Dreifach-Dividende.....	3
Rohstoffeffizienz ist ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.....	3
Rohstoffeffizienz steigert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie	3
Klares Ziel und aussagekräftige Indikatoren	4
Breiter Instrumentenmix	4
Sorgfalt beim Abbau im eigenen Land.....	5
Rohstoffrecycling - das Rohstofflager im eigenen Land nutzen.....	5
Instrumente für ein verbessertes Rohstoffrecycling - für den Aufbruch in die Kreislaufwirtschaft.....	6
Substitution	6
Forschung und Entwicklung bis zur Marktreife fördern.....	7
Rohstoffhandel regulieren.....	8
Gerechter Handel mit Rohstoffen zahlt sich aus.....	8
Rohstoffreiche Entwicklungsländer: Ein Problemaufriss	8
Instrumente: Freiwillige Initiativen reichen nicht aus.....	9
Instrumente mit Zielrichtung Herkunftsland	10
Instrumente auf internationaler und europäischer Ebene	11
Instrumente auf der nationalen Ebene	12
Fazit.....	13
Parlamentarische Initiativen	13

Einleitung

Explodierende Rohstoffpreise, Handelsbeschränkungen für seltene Erden, wiedereröffnete Bergwerke im Erzgebirge: Mehr denn je steht die Verfügbarkeit von Rohstoffen heute im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Der Zugang zu und der Umgang mit Rohstoffen entscheidet maßgeblich über die Zukunft Deutschlands

¹ Die Grüne Rohstoffstrategie bezieht sich auf nicht-energetische, mineralische Rohstoffe. Darunter fallen die Seltene-Erde-Metalle sowie weitere, hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit kritische (Hochtechnologie-)Metalle wie Platin, Kobalt, Indium. Dies sind Schlüsselrohstoffe, die zwar nur in geringen Mengen gebraucht werden, ohne die manche Technologien aber nicht nutzbar sind. Hinzu kommen Massenrohstoffe wie Kupfer, Eisenerz oder Aluminium sowie nicht-metallische Rohstoffe wie Baustoffe. Im Mittelpunkt stehen die Metalle, v.a. die Hochtechnologiemetalle. Vorschläge für Ressourcen, wie Wasser, Boden und Biomasse, machen wir an anderer Stelle.

und Europas als Wirtschaftsstandort. Bei Metallen ist die deutsche Wirtschaft wie bei Energierohstoffen fast vollständig von Importen abhängig. Metallische Rohstoffe werden entweder als Erze direkt importiert, zu einem größeren Teil aber in Form von Vorprodukten eingeführt. Die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte - die Anpassung der Wirtschaft an den Klimawandel und die damit einhergehenden technologischen Herausforderungen sind ohne die strategisch wichtigen High-Tech-Metalle, aber auch ohne "Massenrohstoffe" wie Kupfer undenkbar. Der Umgang mit Rohstoffen ist ein zentraler Baustein des Green New Deal, unserem Konzept zur Bewältigung von Finanzkrise, Klimawandel und sozialer Spaltung. Die Importabhängigkeit und die Bedeutung von metallischen Rohstoffen für den Strukturwandel zu einer grünen Ökonomie erfordern eine langfristige Rohstoffstrategie, deren Bausteine im Folgenden dargestellt werden.

Rohstoffpolitik ist mehr als Wirtschaftspolitik. Bei der Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es um Gerechtigkeit und Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. In der Rohstoffpolitik zeigt sich, ob es uns ernst ist mit dem Schutz der Menschenrechte, der Umwelt und der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in rohstoffexportierenden Ländern. Der überproportionale Verbrauch von Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang. Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche und nachhaltige Zukunft. Daher sind internationale und kooperative Lösungsansätze das Mittel der Wahl. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile, wenn der Zugang zu und Handel mit Rohstoffen von stabiler und langfristiger Natur ist. Dies kann nur gelingen, wenn die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen Konsequenzen mitberücksichtigt und in diesen Bereichen Standards geschaffen werden. Dazu bedarf es Instrumente, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investoren und Unternehmen, im Verbraucherland und auf internationaler Ebene. Im Verteilungskonflikt um Rohstoffe setzen wir auf kooperative Lösungen. Letztlich dient dies der internationalen Sicherheit, weil es hilft, Kriege um Rohstoffe zu vermeiden.

Die Grüne Rohstoffstrategie ist eine Innovationsstrategie für die deutsche Wirtschaft. Die rasche Entwicklung im Bereich von High-Tech und grünen Industrien wird die Nachfrage nach Seltenen Erden und Co in den kommenden Jahrzehnten weiter anheizen. Gleichzeitig gilt, dass Metalle endliche Ressourcen sind und darum eine effiziente Verwendung erfordern. Zwar gibt es derzeit keine physische Knappheit an mineralischen Rohstoffen. Probleme bereiten v.a. die gravierenden Umweltbelastungen bei der Gewinnung und politisch bedingte Verknappungen (Handelsbeschränkungen), die auf eine rasant wachsende Nachfrage treffen. Auf die langfristig erwartbaren wie auch die kurzfristigen Angebotsverknappungen gibt es aus grüner Sicht eine gemeinsame Antwort: Wir müssen auf der Nachfrageseite reagieren und Rohstoffe künftig drastisch effizienter verwenden, in weitgehend geschlossenen Kreisläufen führen und - wo möglich - substituieren. Dies macht deutsche Unternehmen unabhängiger von Rohstoffimporten und zum weltweiten Vorreiter bei Recycling- und Effizienz-Technologien im Rohstoffsektor. Die deutsche Umwelttechnologie ist schon heute ein großer Exportschlager. Mit viel Potenzial für die Zukunft.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie vom Herbst 2010 auf die Sicherung der Rohstoffverfügbarkeit durch den Außenhandel. Der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnissen sowie der Aufbau von Rohstoffpartnerschaften stehen im Mittelpunkt ihrer Politik. Ein großer Fehler der Bundesregierung ist die fehlende Einbindung ihres Konzepts in den europäischen Kontext. Zentraler Teil ihrer Strategie sind Rohstoffpartnerschaften, die aktuell mit Kasachstan besiegelt wurden und mit der Mongolei verhandelt werden. Schwarz-gelb versucht hier nicht mal eine europäische Abstimmung, obwohl die EU selbst ebenfalls auf Partnerschaften und Rohstoffdiplomatie setzt.

Wir Grüne betreiben eine andere Politik. Eine reine Beschaffungsstrategie ist der falsche Weg. Im weltweiten Wettlauf um den Zugang zu Rohstoffen drohen sich künftig die Verteilungskonflikte zu verschärfen. Aus sicherheits-, sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Gründen ist eine Innovationsstrategie basierend auf Rohstoffeffizienz, Recycling und Substitution auf Dauer erfolgversprechender. Natürlich bleibt die deutsche Wirtschaft auch weiterhin auf den Zugang zu Rohstoffen aus dem Ausland angewiesen. Auch uns ist klar, dass es natürlich Grenzen der Wiederverwertung gibt und Innovationen Zeit brauchen, bis sie Marktreife erreichen. Wir brauchen daher eine kluge Rohstoff-Diplomatie, die auf Gerechtigkeit und Fairness setzt, umwelt-, entwicklungs-, friedens- und demokratiepolitische Aspekte ein-

bezieht und die legitimen Entwicklungsinteressen der Förderländer akzeptiert. Nur eine echte Partnerschaft zwischen Ländern und Regionen führt auch zu fairen Rohstoffpartnerschaften. Dabei setzen wir auf faire und nachhaltige Abbaubedingungen und die Unterstützung guter Regierungsführung.

Am Anfang des europäischen Integrationsprozesses stand eine gemeinsame Rohstoffpolitik - die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Deutschland ist klug beraten, Rohstoffpolitik erneut europäisch eingebunden zu betreiben.

Die Grüne Rohstoffstrategie setzt an erster Stelle auf Innovation

Nur wenn wir es schaffen, knappe Rohstoffe weniger zu verwenden, wieder zu verwenden und durch andere Materialien zu ersetzen, bringen wir Rohstoffsicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in Einklang. Volkswirtschaften, die die Prioritäten richtig setzen, werden wirtschaftliche Vorteile gegenüber denen haben, die eher auf wirtschaftlichen oder gar gewalttätigen Verteilungskampf um knapper werdende Rohstoffe setzen. Nur eine nachhaltige Lösung basierend auf Effizienz, Recycling und Substitution wird dem Wirtschaftsstandort Deutschland auf Dauer nutzen. Kurzfristiger Aktionismus bringt uns nicht weiter.

Die Zeiten, in denen westlichen Industriegesellschaften der Zugang zu Rohstoffen garantiert war, sind vorbei. China, Indien, Brasilien haben einen gewaltigen eigenen Rohstoffbedarf und konkurrieren mit Macht um die internationalen Rohstofflager. Bei steigender Nachfrage und knapper werdendem Angebot wird der Kampf um die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe auf lange Sicht zum Nullsummenspiel. Was der eine gewinnt, muss der andere verlieren. In jedem Fall sind aber die Menschen vor Ort und die Umwelt die Verlierer.

Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Dilemma. Innovation. Wir müssen auf unsere Stärken setzen: Auf unsere Ingenieurskunst. Auf unsere Fähigkeit, das Optimum aus Produkten und Prozessen herauszuholen. Auf gute berufliche Bildung sowie die lange, positive Tradition bei der Verbindung von Forschung und Entwicklung. So sichern wir langfristig die Rohstoffversorgung, gewinnen die Technologieführerschaft und schaffen neue Arbeitsplätze. Eine klare Win-Win-Strategie.

Rohstoffeffizienz bringt Dreifach-Dividende

Die Steigerung der Rohstoffeffizienz ist die wichtigste Säule einer grünen Rohstoffstrategie. Denn die Effizienzsteigerung bringt eine dreifache Dividende: Sie senkt die Abhängigkeit von Rohstoffen, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und schont die Umwelt und das Klima. Es gibt keinen greifbareren und anerkannteren Ansatz, wie Ökologie und Ökonomie zusammen gehen.

Rohstoffeffizienz ist ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Wir sind dabei, die ökologische Leistungsfähigkeit unseres Planeten zu überfordern. Weltweit werden heute jährlich annähernd 60 Milliarden Tonnen an abiotischen, nichtenergetischen Rohstoffen verbraucht, 50 Prozent mehr als vor 30 Jahren, Tendenz steigend. Die Umweltbelastung durch Rohstoffabbau nimmt sogar überproportional zu. Wir müssen immer mehr Kubikmeter Erde bewegen, um an eine Tonne Erze zu gelangen. Bisher unerschlossene Lagerstätten befinden sich vielfach in hochsensiblen Ökosystemen, z.B. in der Arktis oder der Tiefsee. Der Gesamtenergiebedarf für die Rohstoffgewinnung beträgt mehr als vier Prozent der weltweit verbrauchten Energie. Dies zeigt, dass ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen zugleich dem Klimaschutz zugute kommt.

Nur durch fundamentale Änderungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise, durch nachhaltige Konsumstile in Verbindung mit energischer, zielgerichteter und auch gegen Widerstände vorangetriebener technologischer Innovation lassen sich diese Probleme in den Griff bekommen. Es geht um die absolute Entkoppelung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch.

Rohstoffeffizienz steigert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie

Die praktischen Erfahrungen aus der Effizienzberatung belegen, dass in den kleinen und mittelständischen Unternehmen im Durchschnitt mindestens 20 Prozent der Materialkosten durch effizientere Produktionsabläufe eingespart werden könnten. Die deutsche Materialeffizienzagentur (demea) beziffert

das Einsparpotential auf 100 Milliarden Euro durch effizienteren Einsatz von Materialien und effizientere Prozesse.

Rohstoffeffizienz ist ein zentraler Differenzierungsfaktor im Wettbewerb. Bei der Neuanschaffung einer Maschine sind die Lebenszyklus-Kosten zunehmend das entscheidende Kriterium. Gelingt es Unternehmen, sich am Markt beim Thema Materialeffizienz mit innovativen Produkten zu positionieren, so hat das nachweislich positive Effekte auf Umsatz und Beschäftigung. Außerdem steigt die Attraktivität der Unternehmen für Fachkräfte und Kapitalgeber.

Effizienzsteigerung ist damit ein wichtiger Schlüssel zur Lösung des Rohstoffproblems. Wir müssen den Rahmen und die Anreize so setzen, dass die Effizienzpotenziale gehoben werden.

Klares Ziel und aussagekräftige Indikatoren

Auf Initiative der damaligen rot-grünen Bundesregierung wurde bereits 2002 ein ambitioniertes Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie verankert. Die Rohstoffproduktivität sollte bis zum Jahr 2020 - bezogen auf 1994 - verdoppelt werden. Zwischen 1994 und 2008 erhöhte sich die Rohstoffproduktivität allerdings nur um 40 Prozent. Das bisherige Tempo reicht damit nicht aus, um das gesetzte Ziel von 100 Prozent zu erreichen. Das statistische Bundesamt belegt, dass ein großer Teil des erreichten Fortschritts auf Verlagerungen ins Ausland zurückgeht. Dies zeigt, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben.

Die Effizienz-Ziele müssen messbar und transparent sein und Planungssicherheit ermöglichen. Dazu benötigen wir aussagekräftige Indikatoren. Der Rohstoffeinsatz (in t) bzw. Direct Material Input (DMI) verzerrt zwischen Produktion im Inland und im Ausland. Wir werden die vorhandenen Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie um Indikatoren ergänzen, die den ökologischen Rucksack der Produkte mit einbeziehen.

Ziel und Indikatoren wollen wir in einem Materialeffizienzgesetz festschreiben.

Breiter Instrumentenmix

Wir brauchen einen breiten Mix an wirksamen Instrumenten, um Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen, die für sprunghafte Fortschritte bei Effizienz, Recycling und Substitution erforderlich sind.

Diese umfassen ein innovatives Ordnungsrecht, den Abbau von Investitionshemmnissen, den Ausbau der betrieblichen Effizienzberatung sowie Forschungs- und Innovationsförderung. Wir beschränken den Innovationsbegriff dabei nicht auf technische Entwicklungen sondern beziehen ausdrücklich auch soziale Innovationen mit ein. Zukünftig wird es vermehrt auf die Kombination aus beidem ankommen. So können Produkt-Service-Konzepte mit der Philosophie "Nutzen statt Besitzen" den Ressourcenverbrauch deutlich senken und helfen, die mit Effizienzsteigerungen einhergehenden Rebound- oder Bumerang-Effekte² zu mindern. Rebound-Effekte stellen eine der größten Herausforderungen für die absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs dar. Möglichkeiten sie zu vermeiden, müssen systematisch erforscht werden. Darüber hinaus wollen wir die Marktmacht der Öffentlichen Hand für die Unterstützung der Ressourceneffizienz nutzen und damit einen zusätzlichen Innovationsanreiz schaffen.

Der Effizienzgedanke muss stärker in die Gestaltung und Normung neuer Produkte und Prozesse einbezogen werden. Die Ökodesign-Richtlinie sollte um dynamische Effizienzstandards (Top-Runner) ergänzt werden. Grundlage hierfür sind bessere Daten zur Ressourceneffizienz über den gesamten Lebenszyklus hinweg sowie einheitliche Standards für die Messung der Ressourceneffizienz. Die verstärkte Nutzung vorhandener Systeme wie des EU-Öko-Audits EMAS soll relevante Effizienzbeiträge liefern. Die vorhandenen Initiativen und Ansätze wollen wir besser miteinander vernetzen.

Eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Marktes spielt die öffentliche Beschaffung. Der Staat ist bei bestimmten Dienstleistungen und Produkten ein wichtiger Nachfrager und kann somit Einfluss auf die Erschließung von nachhaltigen Zukunftsmärkten nehmen. Es können Signale für die Marktentwicklung in Richtung ressourceneffizienter Dienstleistungen und Produkte gesetzt werden. Lebenszykluskosten

² Diese kommen zustande, weil Effizienzsteigerungen oft über sinkende Preise eine steigende oder veränderte Nachfrage auslösen.

und Ressourcenverbrauch müssen - soweit ermittelbar- dabei verpflichtendes Kriterium bei der öffentlichen Beschaffung sein.

Zum Instrumentarium einer nachhaltigen Ressourcenpolitik gehören Ressourcensteuern. Die negativen Umweltauswirkungen, die durch den Abbau von Rohstoffen entstehen, sollten durch Steuern und Abgaben in den Abbauländern internalisiert werden. So kann gewährleistet werden, dass die Nutznießer der Rohstoffe auch die Folgekosten des Rohstoffabbaus tragen. Wir betrachten Rohstoffsteuern in den Abbauländern daher nicht als unzulässige Handelsbeschränkung.

Die zunehmende Knappheit von Rohstoffen schlägt sich bereits in steigenden Preisen nieder und führt zu einer effizienteren Verwendung von Rohstoffen in den Unternehmen. Einer zusätzlichen Verteuerung durch eine Steuer auf den Verbrauch von Rohstoffen stehen wir skeptisch gegenüber. Einer allgemeinen Rohstoffsteuer, im Sinne einer Materialinputsteuer, stehen darüber hinaus praktische Überlegungen entgegen. Ungelöst sind derzeit der administrative Aufwand und der Umgang mit Importen insbesondere von Halbfertigprodukten. Auch bedürfte es dafür einer Koordinierung auf europäischer Ebene: Keinesfalls darf es zu einer zerklüfteten, schwer zu administrierenden und bürokratischen Steuerlandschaft in Europa kommen. Klar ist, dass die sogenannten Rebound-Effekte verhindert werden müssen. Im Regelfall führt nämlich steigende Effizienz bei gleichbleibenden Preisen zu höherem Verbrauch.

In Deutschland kann nach dem geltenden Bergrecht eine Förderabgabe von 10 Prozent oder mehr des Rohstoffwertes auf sog. "bergfreie Bodenschätze" von den Ländern erhoben werden. Allerdings ist die derzeitige Aufteilung in bergfreie und grundeigene Bodenschätze und damit die Aufteilung, für welche Bodenschätze Förderabgaben grundsätzlich zu zahlen sind oder nicht, willkürlich. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Ausnahmeregelungen, so dass in der Regel überhaupt keine Förderabgabe gezahlt wird.

Diese Regelung ist wie auch weite Teile des übrigen deutschen Bergrechts nicht mehr zeitgemäß. Bis heute stehen hier völlig einseitig die Interessen der Bergbautreibenden im Vordergrund, nicht die Schonung von Ressourcen. Wir wollen das Bergrecht umfassend reformieren. Die Zahlung einer Förderabgabe muss der Regel- und nicht der Ausnahmefall in Deutschland sein. Die Höhe der Abgabe sollte mindestens 10 Prozent des Rohstoffwertes betragen und von den Ländern festgesetzt werden. Dies ist gerechtfertigt, da beim Rohstoffabbau in der Regel in erheblichem Umfang Gemeingüter in Anspruch genommen werden. Die Länder sollen angehalten werden, die Einnahmen für die Behebung der Schäden des Abbaus zu verwenden. Die konsequente Erhebung einer Förderabgabe schafft zusätzliche Anreize für Ressourceneffizienz, gerade bei dem bisher nicht erfassten Abbau von Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteine, aber auch bei der Braunkohle.

Sorgfalt beim Abbau im eigenen Land

Wir kehren auch vor der eigenen Haustür, bevor wir uns in der Welt für hohe Naturschutz-Standards einsetzen. Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe muss in Übereinstimmung mit dem Natur- und Landschaftsschutz erfolgen. Wertvolle Naturschutzgebiete wie Fauna-Flora-Habitats und Vogelschutzgebiete (Natura 2000) sind in ihrer ökologischen Qualität zu erhalten und vor erheblichen Beeinträchtigungen zu schützen. Eine Aufweichung des europäischen Naturschutzrechts zugunsten von Eingriffen für Rohstoffgewinnung werden wir nicht zulassen.

Exploration und Gewinnung von Bodenschätzen erfolgt in Deutschland auf Grundlage des Bundesberggesetzes. Dieses sieht nur eine völlig unzureichende Bürgerbeteiligung und Transparenz bei den Genehmigungsverfahren vor. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch Behörden und Bergbauunternehmen oft überrumpelt. Die im Bundesberggesetz vorgesehenen Verfahren der BürgerInnenbeteiligung passen nicht mehr ins 21. Jahrhundert. Es bedarf daher auch in dieser Hinsicht einer Reform des Bergrechts. Dazu hat die grüne Bundestagsfraktion bereits ein Rechtsgutachten erarbeiten lassen und wird eine entsprechende Initiative in den Deutschen Bundestag einbringen.

Rohstoffrecycling - das Rohstofflager im eigenen Land nutzen

Rund 40 Tonnen Rohstoffe verbraucht der durchschnittliche Deutsche nach Angaben des Rats für Nachhaltige Entwicklung pro Jahr. Das sind 110 Kilogramm pro Tag. Die Rückgewinnung und Wiederverwendung der im Abfall enthaltenen Ressourcen birgt ein riesiges Potential. Eine Tonne Elektroschrott enthält dreißig Mal mehr Gold als eine Tonne Golderz.

Wir müssen weg von einer Einwegwirtschaft, die der Erde in großen Mengen Rohstoffe entnimmt um damit Produkte herzustellen, die nach Gebrauch nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Es reicht dabei nicht aus, den Verbrauch von Primärrohstoffen pro hergestelltes Produkt zu senken. Wir wollen - auch mit Hilfe von hochwertiger Wiederverwendung - den Verbrauch von Primärrohstoffen in Deutschland insgesamt drosseln, und damit das Klima und die Umwelt entlasten.

Unsere Vision: Die 100-prozentige Kreislaufwirtschaft und weitestgehender Verzicht auf den Verbrauch endlicher, nicht erneuerbarer Rohstoffe.

Instrumente für ein verbessertes Rohstoffrecycling - für den Aufbruch in die Kreislaufwirtschaft

Auch beim Thema Rohstoffrecycling/Kreislaufwirtschaft bauen wir auf einen breiten Instrumentenmix. Durch die Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wollen wir die Entwicklung der Abfallwirtschaft zu einer ressourcen- und umweltschonenden Stoffstromwirtschaft vorantreiben. Nötig ist die Analyse von Stoff- und Abfallströmen mindestens europaweit.

Wir wollen die Produktverantwortung weiterentwickeln. Um das Recycling zu stärken, ist die Erhöhung der Sammelquote von recyclingfähigen Materialien wichtig. Die Hersteller müssen umfassend dafür verantwortlich gemacht werden, dass ihre Produkte am Ende der Lebenszeit auch wiederverwertet werden. Eine institutionalisierte Rücknahme- und Verwertungspflicht gibt es bereits bei einigen Produkten, z.B. Altfahrzeuge, Verpackungen sowie Elektro- und Elektronikgeräten. Diese muss ausgeweitet bzw. durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Einige Hersteller zahlen bereits jetzt freiwillige "Rückgabepremien" bspw. bei Elektrogeräten, Matratzen aber auch Küchenutensilien. Hier sind verpflichtende Systeme für einzelne Produktgruppen, wie z.B. Mobiltelefone, zu prüfen. Darüber hinaus können mit Vorschriften bei der Produktgestaltung die Langlebigkeit und die Recyclingfähigkeit von Produkten und Komponenten erhöht werden, um die reine Entsorgungsverpflichtung zum tatsächlichen Abfallvermeidungsinstrument zu entwickeln.

Sortenreine Sammlung, z.B. durch Rücknahmen im Handel, ermöglichen erst ein hochwertiges Recycling. Häufig befinden sich die wertvollen Rohstoffe aber nur in sehr geringen Mengen in den Produkten. Hier ist ein aufwändiges "Recycling mit der Pinzette" erforderlich. Die Anreize für ein solches Recycling sollten gestärkt werden. Zu prüfen ist ein verpflichtender Mindestanteil recycelter Rohstoffe bei der Herstellung. Diese Mindestquote sollte nach dem Top-Runner-Prinzip dynamisch ausgestaltet werden. Für wirtschaftlichere Recycling-Prozesse bei komplexen Produkten muss die Grundlagenforschung aber auch die anwendungsorientierte Forschung intensiviert werden.

Substitution

Bei der Entscheidung über Rohstoffsubstitution sollte nicht nur ihre Knappheit, sondern auch ihr "ökologischer Rucksack" berücksichtigt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Substitution von Plastik. Öl wird auch für die stoffliche Nutzung knapp und zudem verursacht Plastik-Müll ein gigantisches weltweites Abfallproblem. Die weiße Biotechnologie bietet die Chance, unsere industrielle Basis in der Chemieindustrie und Kunststoffindustrie vom Öl auf nachwachsende und damit natürlich abbaubare Rohstoffe umzustellen. Knappheits- und ökologische Probleme werden parallel gelöst. Derzeit wissen wir aber noch zu wenig über die Risiken, die von verschiedenen Ressourcennutzungen ausgehen. Die Forschung zu Risikofolgenabschätzungen muss intensiviert werden.

Die Substitution von seltenen und problematischen Stoffen ist besonders erfolgversprechend. Substitution kann in zwei Wegen erfolgen:

- a) Substitution seltener, sehr teurer oder ökologisch problematischer Stoffe durch andere Materialien in der gleichen Technologie.
- b) Substitution mit innovativen, völlig anderen Technologien. Ersetzt werden solche Technologien, die problematische Materialien nutzen, durch solche, die keiner oder nur einer drastisch verminderten Nutzung problematischer Stoffe bedürfen, aber den gleichen Nutzen bringen. Beispiele sind Textilbeton statt Stahlbeton. Textilbeton braucht keinen Stahl und deutlich weniger Zement. So werden die vielen teuren und problematischen Rohstoffe und der hohe Energieeinsatz bei der

Stahlherstellung vermieden, genauso wie die die hohen CO₂-Emissionen, die bei der Zementherstellung anfallen. Ein weiteres Beispiel sind Windkraftgeneratoren, die ohne die seltene Erde Neodym auskommen.

Bei der Substitution werden z.T. ähnliche ökonomische Konflikte auftauchen, wie sie aus der Energiewirtschaft bekannt sind: Kohle- und Atomstromproduzenten haben bekanntlich kein Interesse an der wachsenden Stromproduktion mit Erneuerbaren Energien. Ähnlich könnten Stahlproduzenten keinen Gefallen daran finden, wenn Textilbeton großflächig Stahlbeton ersetzt oder Autokarosserien aus Kunststoffen auf der Basis nachwachsender Rohstoffe sich allmählich durchsetzen. Das Wettbewerbsrecht sollte deshalb gestärkt und die Innovationstätigkeit vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt werden.

Forschung und Entwicklung bis zur Marktreife fördern

Eine Rohstoffstrategie, die auf Innovation setzt, muss sowohl die Forschung und Entwicklung im Wissenschaftsbereich und in den Unternehmen stärken, als auch die Umsetzung in den Unternehmen bis zur Marktreife voranbringen.

Für eine langfristige Ausrichtung von Forschung, Innovation und Investition in den Unternehmen und in der Wissenschaft sind klare und ambitionierte Zielgrößen für die Steigerung der Ressourceneffizienz notwendig. Diese sollen handhabbar und möglichst unbürokratisch sein. Es ist deshalb sinnvoll, diese Zielgrößen auf wenige Schlüsselrohstoffe zu beschränken, deren Effizienzsteigerung einen besonders starken Effekt auch für andere Rohstoffe hat. Dazu besteht weiterer Forschungsbedarf.

Für eine wirkungsvolle Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen müssen wir uns auf die Eingriffspunkte konzentrieren, an denen diese Hilfe am wirkungsvollsten ist:

Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution sollten sowohl als neue Förderschwerpunkte als auch als Querschnittsanliegen in bestehenden Förderungen implementiert werden. Dabei sollten die Programmmittel stärker auf Verbundprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft und auf interdisziplinäres Forschen (z.B. zur Verknüpfung von Werkstofftechnologien und Nachhaltigkeitsaspekten) konzentriert werden. Ziel sind geschlossene Innovations- und Markteinführungsprogramme.

Die existierenden F&E- Förderprogramme sollten anhand einheitlicher Kriterien evaluiert werden.

Der Wissenschaftsrat sollte beauftragt werden, die verschiedenen Forschungsprogramme und -projekte der Bundesministerien auf Lücken und Überschneidungen im Bereich von Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution zu untersuchen. Auf Basis der Evaluation und der Empfehlungen sollten wo nötig entsprechende Umstrukturierungen in der Forschungspolitik vorgenommen werden.

Das bisher nicht erreichte Ziel von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (Lissabon-Ziel) für Forschung und Entwicklung sollte weiterverfolgt werden.

- Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution sollten viel stärker in die universitäre Ausbildung integriert werden. Um diesen Prozess zu beschleunigen, sollte eine "Virtuelle Ressourcen-Hochschule" etabliert werden, die mit ihren Servicefunktionen die Hochschulkooperationen voranbringt.
- Grüne Rohstoffpolitik ist Innovationspolitik. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, dass in den Betrieben genügend in Forschung- und Entwicklung investiert wird. Damit die kleinen und mittleren Betriebe hierbei nicht gegenüber den Großunternehmen abgehängt werden, müssen sie bei diesen Investitionen gezielt unterstützt werden. Auch Neugründungen von Unternehmen sind für eine erfolgreiche Innovationspolitik unerlässlich. Dafür braucht es verbesserte Rahmenbedingungen für Startups, Business Angel und Wagniskapitalfirmen.
- Erfolgreiche Forschung braucht einen größeren Rahmen. Die Europäische Union bietet einen einzigartigen Raum, in dem sich Unternehmen, Wissenschaft und Politik treffen können, um in Clustern an Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution zu arbeiten. Dafür müssen auch Innovationspartnerschaften in der Rohstoffpolitik vorangetrieben werden - was bis heute auf EU-Ebene an der Haltung Deutschlands scheitert.

Innovationshürden für KMU bestehen aber auch durch fehlendes Wissen und Know-how. An dieser Stelle setzen neue Instrumente, wie die Förderung von Innovationsagenten und Innovationslabore an. Inno-

vationsagenten im Sinne von Beratern/innen, die im Unternehmen fehlendes Wissen und Know-how einbringen und im Sinne von Business Angels, die das erforderliche Kapital und Kontakte beisteuern. Innovationslabore stellen Infrastruktur für die Kooperation von Unternehmen und Forschungsinstitutionen, um unternehmensübergreifende Innovationsprozesse zu ermöglichen.

Rohstoffhandel regulieren

Die Faktoren, die die jüngsten Preisspitzen sowie die Volatilität auf den internationalen Rohstoffmärkten bedingen, sind komplex und ihr spezifischer Beitrag lässt sich schwer ermitteln. Auch wenn umstritten ist, wie stark sich die Aktivitäten der Finanzmarktakteure auf die realen Rohstoffpreise auswirken: Das Wetten auf die Verteuerung von Rohstoffen ist gesamtwirtschaftlich hoch problematisch. Rohstoffe können daher nicht eine Anlageform wie jede andere sein.

Inzwischen driftet das Verhältnis zwischen dem Volumen der Rohstoffderivate und jenem der tatsächlich physisch gehandelten Rohstoffe massiv auseinander. Dadurch wird die ursprüngliche und wichtige Funktion der Warenterminbörsen zur Preisstabilisierung und Risikoabsicherung gefährdet. Zudem drohen die Preise auf den Rohstoffterminmärkten nur noch bedingt ihre Signalfunktion für Anbieter und Nachfrager zu erfüllen. Eine neue Regulierung muss somit das Funktionieren der Märkte sicher stellen. Dies ist umso dringlicher, als dass das in Rohstoff-Indexfonds investierte Kapital stetig wächst.

Der zunehmende over-the-counter Handel im Bereich der Rohstoffderivate unterbindet die Markttransparenz und hebt teilweise wichtige Kontroll- und Aufsichtsfunktionen aus. Wir wollen diesen bilateralen Derivate-Handel (over-the-counter-Handel) möglichst vollständig auf geregelte Handelsplätze übertragen oder über Clearingstellen abwickeln lassen. Dazu ist eine weitgehende Standardisierung aller Derivate notwendig. Derivate müssen vor ihrer Zulassung zum Handel überprüft werden. Wir wollen prüfen, ob die Einrichtung einer Spezialbehörde für die Überwachung von Rohstoffderivaten sowie des Handels mit physischen Rohstoffen notwendig ist.

Alle Händler müssen zukünftig strengen Berichtspflichten unterworfen werden, wobei die Händler nach ihrer Handelstätigkeit kategorisiert werden sollten, wie dies in den USA der Fall ist. Die Vorschriften des Wall Street Reform Acts zur zeitlichen Taktung von Transaktionsberichten und Veröffentlichung der Daten sollten hierbei als Maßstab gelten.

Gerechter Handel mit Rohstoffen zahlt sich aus

Gerechtigkeit und Entwicklungschancen für die Förderländer sind Leitlinien unserer Rohstoffpolitik. Wir sind davon überzeugt, dass ein gerechter Handel mit Rohstoffen vorteilhaft für alle Beteiligten ist. In den rohstoffexportierenden Ländern gibt es Entwicklungsimpulse und für Unternehmen zahlt es sich aus, wenn sie faire Preise und einen fairen Umgang mit den Entwicklungsländern beim Rohstoffabbau und -handel aktiv einfordern und in ihrer Lieferkette durchsetzen. Sie können sich damit den Zugang zu einer sicheren und langfristigen Rohstoffversorgung sichern, die in ihrem ureigensten Interesse liegt. Ein gerechter Handel mit Rohstoffen liegt aber auch in unserem politischen Interesse, weil er das Risiko bewaffneter Konflikte reduziert und zu politischer Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen kann.

Für ressourcenreiche Länder können Einnahmen aus dem Rohstoffsektor Ausgangspunkt für eine nachhaltige wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung sein. Eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist darum, Entwicklungsländer darin zu unterstützen, die Chancen des Rohstoffreichtums für den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens, einer nachhaltigen Infrastruktur und eines guten Sozial- und Bildungssystems zu nutzen. Eine kohärente Rohstoffpolitik reicht aber über Entwicklungszusammenarbeit hinaus und muss auch die Handels- und Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Verbraucherpolitik und Fragen der Finanzierung und Außenwirtschaftsförderung mit einbeziehen.

Hier liegt ein gravierendes Versäumnis der Bundesregierung. Ihre Strategie zielt allein auf Rohstoffsicherung. Die Perspektive der Menschen in den Entwicklungsländern bleibt außen vor.

Rohstoffreiche Entwicklungsländer: Ein Problemaufriss

Die Wirkungen großer Rohstoffvorkommen in Entwicklungsländern sind vielfältig. Beispiel Afrika: Einerseits ist die afrikanische Wirtschaft dank hoher Rohstoffpreise über Jahre gewachsen - vor der Wirt-

schaft- und Finanzkrise um durchschnittlich 6 Prozent jährlich. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit erheblichen Investitionen aus den BRIC-Staaten, insbesondere China. China hat im letzten Jahrzehnt Milliarden in Afrika investiert.

Andererseits gelingt es jedoch fast nie, dieses Potenzial zu nutzen und den Rohstoffreichtum in politische und sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse für alle umzuwandeln. So sind rohstoffreiche Entwicklungsländer häufig durch schlechte Regierungsführung und Misswirtschaft, durch gewaltsame Konflikte und Armut gekennzeichnet.

Fragen der Menschenrechte, Demokratie oder Umweltverträglichkeit von Großprojekten spielen so gut wie nie eine Rolle und hängen stark vom Investor ab. Der jahrelange Druck von IWF und Weltbank auf die afrikanischen Länder, ihren Handel weitgehend zu liberalisieren, hat es Ländern wie China überhaupt erst ermöglicht, ohne Beachtung von Regeln zu investieren. Dadurch dass diese Schwachstellen so umfassend ausgenutzt wurden, stellt sich die Frage, wie dieser Trend umgekehrt werden kann und für eine nachhaltige Handelspolitik geworben werden kann, bevor die Folgen der fehlenden Umwelt- und Sozialstandards sowie die Missachtung der Menschenrechte noch deutlicher zutage treten.

Fluch der Ressourcen: Ressourcenreichtum schürt in vielen Staaten Bürgerkriege und Korruption. In Ländern mit schwachen Regierungen oder solchen ohne Allgemeinwohlorientierung verhindern Missmanagement und schwache Institutionen eine nachhaltige Nutzung der Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor. Länder, die von Rohstoffexporten leben, sind häufig unterentwickelt. Sie leiden unter mehr Korruption, politischer Instabilität und größerer Armut als ressourcenärmere Länder. Die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor fließen in die Taschen weniger, notwendige Investitionen in Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Infrastruktur bleiben aus, so dass sich soziale Spannungen sogar noch verschärfen. Die Wirtschaft jenseits des Rohstoffsektors ist i.d.R. unterentwickelt, der übrige Exportsektor ist durch Überbewertung der Landeswährung geschwächt. Stürzen die Preise der exportierten Rohstoffe, was bei den stark zyklisch geprägten Rohstoffmärkten regelmäßig der Fall ist, brechen die Staatseinnahmen weg. Dies stellt selbst Staaten mit verantwortungsvoller Regierungsführung vor hohe Herausforderungen, für arme Menschen in schlecht regierten Ländern ist es eine Katastrophe. Selbst geringe Preisschwankungen können zu politischer Destabilisierung führen.

Die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen der Rohstoffgewinnung sind immens. Probleme der Landnahme, Enteignung, Umsiedlung und Zerstörung des Lebensraums stehen vielfach am Anfang der Rohstoffförderung. Einschüchterungen sind häufig Reaktionen auf Proteste - bis hin zu Verfolgung und Ermordung. Arbeitsschutzrechte werden nicht eingehalten, Gewerkschaften ignoriert bzw. verboten. Der Abbau selbst ist begleitet von massiven Umweltproblemen wie der Verschlechterung der Wasserqualität und Bodenzerstörung und -vergiftung. Ein besonderes Problem des Bergbausektors sind die zerstörten Regionen, die nach Stilllegung des Minenbetriebs zurückbleiben. Für deren Wiederherstellung übernimmt aufgrund ungeklärter Eigentums- und Haftungsfragen niemand die Verantwortung. Die Industrie weigert sich in der Regel, die Kosten zu tragen. Fehlende Regulierung ist hier nicht in erster Linie das Problem. In vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens gibt es gute Umweltgesetze und Standards, aber deren Einhaltung kann gegen die Interessen der Eliten und Unternehmen nicht durchgesetzt werden.

Instrumente: Freiwillige Initiativen reichen nicht aus

Für die verschiedenen Probleme im Zusammenhang mit Rohstoffen in Entwicklungsländern gibt es eine Reihe von Einzellösungen auf unterschiedlichen Ebenen. Dabei handelt es sich um große internationale Initiativen, deren gemeinsames Merkmal die Freiwilligkeit ist. Diese Ansätze halten wir für notwendig und unterstützenswert. Solche Initiativen vereinen Akteure wie Regierungen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Investoren und internationale Organisationen. Sie können den Spielraum von Zivilgesellschaften gerade in autoritären Regimen erhöhen und zu mehr Transparenz im Rohstoffsektor beitragen. Beispielhaft seien genannt der "Kimberley Process" für die Zertifizierung von Diamanten, die "Voluntary Principles on Security and Human Rights" zur Sicherung der Menschenrechte bei Bergbau in Konfliktregionen sowie die "Extractive Industries Transparency Initiative" mit dem zivilgesellschaftlichen Pendant "Publish what you pay", die Transparenz in die Zahlungsströme zwischen Rohstoffkonzernen und Regierungen bringen wollen. Gemeinsames Problem dieser Initiativen ist, dass sich ihre um-

fassende Durchsetzung und ihre Ausweitung auf andere Themen als schwierig erweist. Sie können zudem eine verbindliche Regulierung nur punktuell ersetzen.

Freiwillige Initiativen reichen nicht aus. Globale wie auch nationale verbindliche Regulierungsansätze zur Umsetzung einer gerechten, nachhaltigen Rohstoffpolitik gibt es allerdings kaum. Aus unserer Sicht führt kein Weg an einer stärkeren Institutionalisierung der globalen Rohstoffpolitik, ihrer Regulierung und Verrechtlichung in einem globalen Ressourcenmanagement vorbei. Auch auf europäischer und nationaler Ebene streben wir mehr verbindliche Maßnahmen an. Basis ist eine bessere Erforschung der Ressourcenströme, um diese quantifizieren und bewerten zu können. Hierzu gehören insbesondere soziale, ökologische und Sicherheitsstandards beim Abbau. Die im folgenden beschriebenen Instrumente konzentrieren sich darum auf solche verbindlichen Maßnahmen. Um den Rohstoffabbau und Handel gerechter zu gestalten, muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden: beim rohstoffexportierenden Land, auf internationaler Ebene sowie beim Verbraucherland und der Verantwortung der dort ansässigen Unternehmen.

Instrumente mit Zielrichtung Herkunftsland

Bei der Diskussion um Instrumente für eine gerechte Rohstoffpolitik gilt die einfache Erkenntnis "Ohne die Herkunftsländer geht es nicht." Der Schlüssel, damit rohstoffreiche Länder ihre Ressourcen zur Entwicklung nutzen können, liegt in einer verantwortungsvollen Regierungsführung (good governance). Demokratische Strukturen, funktionierende Institutionen und eine starke Zivilgesellschaft sowie gut ausgebildete VerwaltungsmitarbeiterInnen und TechnikerInnen sind weitere Pluspunkte für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft. Dies nutzt letztlich auch internationalen Investoren, die auf Rechtssicherheit und langfristige Lieferbeziehungen angewiesen sind.

Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten vor Ort: Rohstoffreiche Länder müssen in die Lage versetzt werden, transparente Verträge im Interesse des Landes aushandeln sowie Regeln für Unternehmen erlassen und durchsetzen zu können. Landrechte müssen klar geregelt werden. Menschen vor Ort müssen Möglichkeiten zur Mitbestimmung haben. Für ein langfristig stabiles Fundament ist es unerlässlich durch Menschenrechtsdialog, Korruptionsbekämpfung und Stärkung der Zivilgesellschaft die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Maßnahmen zur Klärung der Eigentumsverhältnisse sowie zur Entwicklung und Implementierung verbindlicher Umwelt- und Sozialstandards leisten einen wichtigen Beitrag zu einer langfristig besseren und geregelten Ressourcennutzung. Investitionen in Bildung und Ausbildung, Wissens- und Technologietransfer und der Aufbau leistungsfähiger Strukturen schaffen die nötigen Voraussetzungen für die Eigenverantwortung vor Ort. Außerdem sind sie unerlässlich für die Wertschöpfung im Herkunftsland, für eine eigenständige Förderung und den Aufbau von verarbeitender Industrie.

Steuerung von Investitionen: Die EU und auch die Bundesregierung stellen in den Mittelpunkt ihrer Rohstoffstrategien den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnissen. Darunter verstehen sie verschiedene politische Maßnahmen der Entwicklungsländer, etwa Ausfuhrsteuern, Schutzmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen, Leistungsvorgaben in Verbindung mit Exporten und dem Erwerb lokaler Vorprodukte, besondere Anforderungen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Eigentumsbeschränkungen für ausländische Investoren. Während EU und Bundesregierung einseitig auf eine Beseitigung dieser Instrumente und damit eine Liberalisierung der Rohstoffmärkte drängen, nutzen Entwicklungsländer sie zur Regulierung von Investitionen: Ziel ist es, Anreize für Investitionen zu schaffen, die die Entwicklung des Landes fördern. So können sie die lokale Wirtschaft fördern und verhindern, dass Gewinne ausländischer Investoren uneingeschränkt ins Ausland transferiert werden. Wir setzen uns dafür ein, es Entwicklungsländern zu ermöglichen, Investitionen und Unternehmen im Interesse der Entwicklung und des Allgemeinwohls zu regulieren.

Abschöpfung der Renten vor Ort: Für rohstoffreiche Entwicklungsländer können Abgaben, Steuern und Zölle eine willkommene Einnahmequelle sein. Sie müssen nur etabliert, genutzt und in die öffentlichen Haushalte überführt werden. Nur so werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Bevölkerung in den Förderländern angemessen vom Rohstoffreichtum ihres Landes profitiert. Die Anwendung ökonomischer Instrumente in den Herkunftsländern wie Quoten und Exportsteuern brandmarken wir deshalb nicht per se als Handelshemmnisse und wettbewerbsverzerrend.

Instrumente auf internationaler und europäischer Ebene

Die nationalen Alleingänge im Wettlauf um Zugang zu Ressourcen verschärfen die Situation noch. Die Auswirkungen von zerstörten Lebensräumen, sozialen Verwerfungen, Missachtung von Menschenrechten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen stellen ungeahnte Risiken für die Entwicklung der Förderländer und die langfristige Ressourcensicherung der rohstoffbeziehenden Länder dar. Für uns Grüne ist klar, dass es nicht zu einem immer härteren Wettkampf der Nationen um endliche Ressourcen kommen darf, sondern es der internationalen Kooperation bedarf. Das fängt mit der Koordinierung von Rohstoffabkommen auf europäischer Ebene an und geht über die internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF bis hin zur internationalen Regulierung auf Ebene der Vereinten Nationen, WTO, G20 oder G8. Wir fordern eine globale Rohstoffgovernance.

Für den internationalen Umgang mit Rohstoffen, kann es hilfreich sein, die Debatte um eine Definition von "Konfliktrohstoffen" weiterzuführen. Es hätte den Vorteil, einheitliche Kriterien zu haben, die für den Finanzmarkt genauso relevant sein können wie für sicherheitspolitische Implikationen.

Zertifizierung von Handelsketten: Ein relativ neuer Weg zum fairen Handel mit mineralischen Rohstoffen sind lizenzierte Handelsquellen. Anders als etwa in der Forstwirtschaft existiert bisher kein Gütesiegel zum Nachweis der Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards. Mit der Zertifizierung von Handelsketten kann Transparenz über die Herkunft von Erzen geschaffen werden, indem beispielsweise ein Fingerabdruck für bestimmte Erze ermittelt wird. So könnte etwa der Handel mit Rohstoffen aus Konfliktregionen eingedämmt werden. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat bereits Herkunftsnachweise für Koltan entwickelt und erprobt damit die Zertifizierung von kleinen Minen in einem Pilotprojekt in Ruanda. Wir halten dies für einen vielversprechenden Ansatz, um Transparenz im Rohstoffsektor zu schaffen und setzen uns dafür ein, die Zertifizierung von Handelsketten auf breiter Basis fortzusetzen. Unser Ziel ist es, durch eine öffentliche Beschaffung, die zertifizierte Rohstoffe zur Bedingung macht, entsprechende Anreize zu setzen.

Dodd-Franc-Act auf EU übertragen: Im Juli 2010 wurde in den USA ein weitreichendes Gesetz zur Reform des Finanzsektors unterzeichnet. Zwei Abschnitte des US-Gesetzes zielen auf den Handel mit metallischen und energetischen Ressourcen. Zum einen müssen an US-Börsen notierte Unternehmen der US-Börsenaufsicht künftig Rechenschaft über die Herkunft bestimmter Rohstoffe ablegen: Die Unternehmen müssen nachweisen, ob ihre Produkte metallische Rohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo oder den angrenzenden Staaten enthalten. Diese Meldepflicht für Gold, Zinnstein, Wolframit und Coltan, die v.a. für die Produktion von Geräten wie Handys und Laptops verwendet werden, zielt darauf, Transparenz im Handel mit Konfliktmineralien herzustellen.

Gewinne aus dem Handel dienen bisher oft der Finanzierung bewaffneter Konflikte im Osten der Republik Kongo. Unternehmen, die an US-Börsen notiert sind, müssen künftig ihre Liefer- und Produktketten offenlegen, sofern sie diese Rohstoffe aus den genannten Ländern verwenden. Die Unternehmen müssen nachweisen, dass die von ihnen verwendeten Rohstoffe nicht aus Minen stammen, die unter Kontrolle von Konfliktparteien sind.

Wir wollen darauf hinarbeiten, eine solche Regel auch auf europäischer Ebene zu etablieren.

Zum anderen fordert der zweite Abschnitt des US-Gesetzes von Unternehmen, die an den US-Börsen gelistet sind, ihre Zahlungen an Regierungen im Rohstoffsektor offenzulegen. Die Zahlen müssen auf Länder- und Projektbasis veröffentlicht werden. Diese verbindliche Transparenzregelung ist revolutionär, sie zielt insbesondere auf die Bekämpfung der weitverbreiteten Korruption im Rohstoffsektor ab. Wir fordern eine verpflichtende Offenlegung auch auf EU-Ebene.

Tiefseebergbau

Die knapper werdenden Ressourcen an Land verstärken die Begehrlichkeiten auf die Schätze am Meeresboden. Die Tiefsee ist bisher unbekannter und weniger erforscht als der Mond. Hier leben Arten, die bedroht sind, bevor wir ihnen einen Namen geben können. Für die Tiefsee gibt es kaum Regeln und nur wenige Länder und Firmen verfügen über Technik und finanzielle Mittel, um dorthin vorzustoßen. Dabei geht es nicht nur um Öl oder Gas. Längst wird nach Möglichkeiten gesucht, wie seltene Metalle, Kohle, Eisen, Manganknollen oder Methaneis gefördert werden können.

Der 2000 verabschiedete Tiefseebergbaukodex muss dringend weiter entwickelt, international verbindlich und national umgesetzt werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss international verbindlich werden und der Kodex muss vor dem Seegerichtshof einklagbar sein. Der Tiefseebergbau muss eine umfassende Erforschung der betroffenen Tiefsee-Ökosysteme und der dort vorkommenden Arten voraussetzen. Zum besonderen Schutz der Arktis brauchen wir einen internationalen Arktis-Vertrag.

Instrumente auf der nationalen Ebene

Neben den beschriebenen Aufgaben einer kohärenten Ressourcenpolitik sehen wir in Deutschland vor allem die Aufgabe, Unternehmen stärker in die Verantwortung für ihre Produkte und Lieferketten zu nehmen. In Deutschland ist keiner der internationalen Bergbaukonzerne angesiedelt, die den weltweiten Abbau und Handel mit mineralischen Rohstoffen dominieren. Der Weg zu einem fairen Rohstoffhandel geht aber auch über die Endabnehmer von Rohstoffen und Vorprodukten. Auch sie sind in der Pflicht, ihre Lieferketten zu analysieren und die Herkunft ihrer Rohstoffe kritisch zu hinterfragen.

Zertifizierung von Produkten: Wir wollen ein Instrumentarium entwickeln, mit dessen Hilfe ein Produkt klar erkennbar ist, das auf Basis von fairem Rohstoffabbau und -handel produziert wurde. Dies ist kein einfacher Weg aufgrund der Vielzahl von Rohstoffen und der Komplexität von Handels- und Lieferketten. Wir sind aber überzeugt, dass viele Verbraucher und Unternehmen ein hohes Interesse haben, verantwortungsvoll einzukaufen. Das zeigt der Erfolg von Fair Trade-Labels z.B. für Kaffee oder des Biosiegels. Bisher gibt es kein vergleichbares Zertifikat für Produkte, die auf einem fairem Rohstoffabbau und -handel basieren. Ein solches Zertifikat würde Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Einkäufern in den Betrieben transparente Information und damit eine bewusste Entscheidung z.B. für Handys oder Laptops mit fairen Rohstoffen ermöglichen. Unternehmen könnten sich in ihrer Außendarstellung als faire Rohstoffpartner ausweisen. Nicht zuletzt zeigen die Erfahrungen mit Fair-Trade-Labels, dass Gütesiegel geeignet sind, die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern. Mittelfristig ist darum ein Siegel für fairen Rohstoffhandel unser Ziel.

Anerkennung extraterritorialer Staatenpflichten: Extraterritoriale Staatenpflichten beschreiben die menschenrechtlichen Verpflichtungen eines Staates gegenüber Menschen in anderen Ländern. Sie werden begründet mit der universalen Gültigkeit der Menschenrechte. Sie zielen darauf, dass Menschen in die Lage versetzt werden auf der Grundlage regionaler und internationaler Menschenrechtsabkommen ihre Rechte auch von einem Staat einzufordern, der nicht ihr eigener ist, falls dieser Staat dazu beigetragen hat oder dafür verantwortlich ist, dass ihre Rechte verletzt wurden. Damit werden Regierungen dazu verpflichtet, die Menschenrechte auch jenseits ihrer Landesgrenzen zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Besonders aus der Achtungs- und Schutzpflicht leitet sich die Verpflichtung von Heimatstaaten ab, das Wirken transnationaler Unternehmen im Ausland zu regulieren und evtl. begangene Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Während die extraterritoriale Achtungspflicht weitgehend anerkannt ist, steht die Debatte über Schutz- und Gewährleistungspflichten noch am Anfang. Wir Grüne sind aber überzeugt, dass eine gerechte Rohstoffpolitik extraterritoriale Pflichten anerkennen und damit dem Ziel folgen muss, die Menschenrechte aller Menschen in den Herkunftsländern der Rohstoffe zu achten, sie vor den Eingriffen Dritter zu schützen und zu ihrer Gewährleistung beizutragen sowie die Existenzgrundlagen wie intakte Ökosysteme nicht zu beeinträchtigen.

Sorgfaltspflicht für Unternehmen: Die OECD hat ihre Leitsätze für multinationale Unternehmen überarbeitet, die Empfehlungen für ein verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten enthalten. Sie bilden eine umfassende Richtschnur für ausländische Direktinvestitionen und die Lieferketten multinationale Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte, Sozialstandards, Umweltschutz und Korruption. Darüber hinaus hat die OECD Leitlinien zur Sorgfaltspflicht in mineralischen Wertschöpfungsketten aus Konfliktzonen entworfen. Die Sorgfaltspflicht der Unternehmen für Menschenrechte gilt demnach über die Grenzen des Unternehmens hinaus auch für Tochterfirmen und Zulieferer. Die Implementierung der Leitsätze in Deutschland muss dringend verbessert werden. Noch immer gibt es weder eine unabhängige Kontaktstelle noch Sanktionsmechanismen bei Verstößen durch Unternehmen. Wir wollen beide OECD-Leitlinien als Grundlage nehmen, um die Unternehmen nach deutschem Recht zu verpflichten, aktiv die Auswirkungen ihres Handelns im Bezug auf soziale und Umweltbelange zu analysieren und ggf. ihr unternehmerisches Handeln neu auszurichten. Auch auf europäischer Ebene ist die Verabschiedung einer entsprechenden Richtlinie dringend erforderlich.

Faire Rohstoffpartnerschaften: Grundsätzlich halten wir das Instrument der Rohstoffpartnerschaften zwischen zwei Ländern für einen vernünftigen Weg. Das Vorgehen der Bundesregierung, das vorrangig auf Rohstoffsicherung zielt, widerspricht aber der Idee von Partnerschaft. Aus unserer Sicht kann es nur dann geben, wenn auch das rohstoffreiche Land seine Interessen realisieren kann. Im Mittelpunkt stehen eine nachhaltige Nutzung der Rohstoffe und die Steigerung der Wertschöpfung vor Ort, deshalb muss der Transfer von Wissen und Know-How mit an erster Stelle stehen. Entscheidend ist, dass die Partnerschaft auf Augenhöhe stattfindet und als Wirtschaftspartnerschaft zu verstehen ist, dass sie sich an sozialen und ökologischen Standards orientiert und im Rahmen einer europäischen Kooperation und Einbindung stattfindet. Ein Wettbewerb nationaler Wirtschaftspartnerschaften gegeneinander wird es schwierig machen, Standards einzuhalten und Rohstoffe zu sichern. Weiter unterstützenswert und ausbaufähig erachten wir die Partnerschaften zwischen Industrieländern wie die EU-Japan-US-Kooperation sowie zwischen Industrieländern und Schwellenländern.

Aufbau von Recycling-Partnerschaften: Zur Zeit wird ein großer Teil des deutschen Elektroschrotts in Entwicklungsländer exportiert. Weil für Elektroschrott in Deutschland eine ordnungsgemäße Entsorgung vorgeschrieben ist, besteht ein hoher Anreiz, die hohen Entsorgungskosten zu umgehen, indem Schrotteräte als funktionsfähige Gebrauchtgeräte deklariert und exportiert werden. Unser Ziel ist es, die Geräte komplett in Deutschland zu recyceln. Da sich der Export von Elektroschrott aber nicht komplett verhindern lässt und auch in den Entwicklungsländern immer mehr Elektroschrott anfällt, setzen wir uns für den Aufbau eines breiten Netzes von Recycling-Partnerschaften ein. Wir wollen die Länder mit dem Problem nicht allein lassen: Bisher landet der Schrott auf Müllkippen, wird verbrannt oder wird von Müllsammlern unter erbärmlichen Bedingungen gesammelt, sortiert und rudimentär recycelt. Neben den verheerenden Auswirkungen für Gesundheit und Umwelt gehen bei diesem ineffizienten Recycling viele wertvolle Stoffe verloren. Der Aufbau von Recycling-Partnerschaften eröffnet Müllsammlern eine neue berufliche Perspektive, indem man ihnen den gesammelten Elektroschrott abkauft. Vor Ort werden mit deutscher Unterstützung Recyclingkapazitäten aufgebaut, die es erlauben aus Handys, Computern und Co umfassend Metalle auszubauen und zur Wiederverwertung anzubieten. Diese Partnerschaften kommen nicht nur den kooperierenden Entwicklungsländern zugute, sie sparen primäre Rohstoffe ein und erhöhen zugleich die Versorgungssicherheit der deutschen Wirtschaft mit wichtigen Rohstoffen.

Fazit

Die grüne Rohstoffstrategie stellt den Zugang und auch den Umgang mit Rohstoffen auf eine gerechte und nachhaltige Grundlage. Wir konzentrieren uns auf die riesigen, weitgehend ungenutzten Potentiale einer Effizienzstrategie. Müllhalden und Haushalte sind riesige Rohstofflager, die wir erschließen wollen. Das ist für uns nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern bringt unserer Wirtschaft handfeste ökonomische Vorteile im internationalen Wettbewerb auf dem Weg zu einer globalen Green Economy. Zudem stellen wir eine faire Verteilung und Entwicklungschancen für rohstoffreiche Entwicklungsländer in den Mittelpunkt unserer Rohstoffpolitik. Damit unterscheidet sich die grüne Rohstoffstrategie grundlegend von der nationalstaatlich ausgerichteten Strategie der schwarz-gelben Bundesregierung, die allein auf kurzfristige Wettbewerbsvorteile setzt und jegliche Folgen wie Umweltzerstörung, soziale Spannungen und sicherheitspolitische Implikationen ausblendet.

Parlamentarische Initiativen

1. Fachgesprächsreihe zu Instrumenten der Rohstoffpolitik
2. Antrag Grüne Rohstoffstrategie
3. Antrag Ressourceneffizienzgesetz